



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 17. Oktober 2014

Inhalt

1. Hessische Kommunen werden von der schwarz-grünen Regierung im Stich gelassen
2. Die Zukunft der beruflichen Bildung sichern
3. Für eine gute und menschenwürdige Pflege
4. Deutsche Hilfen im Kampf gegen Ebola weiter verstärken
5. Außenpolitik: klaren Kopf behalten



Hessische Kommunen werden von der schwarz-grünen Regierung im Stich gelassen

Wie jeden Montag in einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, traf sich die hessische SPD-Landesgruppe in der Landesvertretung in Berlin um gemeinsam aktuelle Themen der kommenden Sitzungswoche zu besprechen und in netter Runde offen zu debattieren.

In dieser Woche durften wir in unserer Landesgruppensitzung ganz besonders interessante Gesprächspartner begrüßen: Nancy Faeser, die Generalsekretärin der hessischen SPD und Wilfried Lamparter, der Landesgeschäftsführer. Sie hatten den Weg aus Wiesbaden angetreten um die Landesgruppe über hessische Themen zu informieren und über kommende gemeinsame Ziele zu beraten. Die enge Vernetzung der Landesgruppe mit den hessischen Landespolitikern ist unbedingt notwendig und wird von beiden Seiten begrüßt und gepflegt. Denn, nur durch regen Austausch über Ebenen hinweg können wir das Beste für die hessischen Bürgerinnen und Bürger erreichen.

Besonders im Fokus stand in dieser gemeinsamen Sitzung die **Debatte um die Versäumnisse der schwarz-grünen Landesregierung**. Vor allem im Hinblick auf die Finanzausstattung der Kommunen und die fehlende Entlastung der

Kommunen bei der Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hessen müssen wir große Defizite in der Politik der Landesregierung feststellen. Sowohl die Bundes- als auch die Landespolitiker waren sich einig, dass hier dringend Nachholbedarf auf Seiten der schwarz-grünen Landesregierung besteht.

Aller Voraussicht nach werden dieses Jahr mehr als 10.000 neue Flüchtlinge nach Hessen kommen. Zwar bekommen die Kommunen hessenweit pro Flüchtling zwischen 521 und 630 Euro Zuschuss vom Land, das reicht aber nicht aus. Allein bei der Flüchtlingsunterbringung bleiben die Kommunen deshalb auf einem Betrag von 60 Millionen Euro sitzen. Diese Summe hätte eigentlich das Land bereit zu stellen.

Unser Arbeitsauftrag lautet jetzt: Hier muss endlich etwas getan werden! Die Kommunen dürfen mit diesen großen sozialen und finanziellen Herausforderungen nicht allein gelassen werden. Wir werden uns geschlossen für eine bessere Lage der Kommunen einsetzen und der Landesregierung Druck machen.

Die Zukunft der beruflichen Bildung sichern

Die Leistungsfähigkeit und das hohe Niveau der beruflichen Bildung in Deutschland sind Garant für die Stärke und Innovationsfähigkeit, durch die sich die deutsche Wirtschaft auszeichnet. Die duale Ausbildung bildet dabei eine der tragenden Säulen des Ausbildungssystems. Sie ist weltweit anerkannt und nimmt in Europa und darüber hinaus Vorbildfunktion ein. In Deutschland sichert sie die Einkommensgrundlage für Millionen Bürgerinnen und Bürger.



Für den Erhalt der Leistungsfähigkeit ist es deshalb wichtig, rechtzeitig die Weichen zu stellen, um zukünftigen Herausforderungen adäquat begegnen zu können und Fachkräftenachwuchs auch in Zukunft in ausreichender Zahl sicherzustellen. Zu diesen Herausforderungen zählen unter anderem Neuerungen in der Arbeits- und Produktionswelt, demografische Veränderungen und neue Bildungsprozessstrukturen. Trotz aller Stärken des deutschen Ausbildungssystems dürfen wir aber auch folgende Punkte nicht übersehen: Die sinkende Zahl abgeschlossener Ausbildungsverträge; dass 257.000 junge Menschen nach dem Schulabschluss in das

Übergangssystem münden; die wenig ausgeschöpften Potenziale von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund; die bestehenden, hohen Qualifikationsanforderungen und Ausbildungsstandards als auch die fehlende Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung. All diese Punkte erfordern kontinuierliche Entwicklungen der Aus- und Weiterbildung.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU haben daher in einem gemeinsamen [Antrag](#), der diese Woche im Plenum in 2./3. Lesung beraten wurde, eine Reihe von Punkten zur Sicherung der beruflichen Bildung in Deutschland vorgeschlagen. So soll der „Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010-2014“ zur so genannten „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickelt werden. Eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Bewerberinnen und Bewerber wird angestrebt. Das Übergangssystem kommt ebenfalls auf den Prüfstand. Tausende Schulabsolventen, die keinen passenden Ausbildungsplatz finden, sind ein nicht zu vernachlässigendes Potenzial. Veränderte und meist höhere Anforderungen an moderne Berufsbilder werden einer Prüfung unterzogen und entsprechende Anpassungen gefordert.

Ein weiterer bedeutender Eckpunkt des gemeinsamen Antrags der Koalitionsfraktionen ist die Stärkung der Aufstiegsfortbildung (Meister-BAföG). Denn nur durch die konsequente Weiterbildung des Facharbeiternachwuchses

kann der gleichbleibend hohe Bedarf an spezialisierten Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt gedeckt werden. Der konsequente Ausbau der Leistungen des Meister-BAföG soll die Weiterbildungsmotivation der Facharbeiter weiter steigern und somit zur Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems in Deutschland beitragen. Der Anspruch, Aufstieg durch Bildung zu erzielen, zieht sich wie ein roter Faden durch die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion. Deshalb erfährt der Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildung von uns breite Unterstützung, da er Chancen auf sichere Lebensperspektiven eröffnet.

Für eine gute und menschenwürdige Pflege

Die Zahl der Menschen, die der Pflege bedürfen, steigt kontinuierlich an: Von derzeit 2,5 Millionen auf voraussichtlich über 4 Millionen bis zum Jahr 2050. Um die Situation von Pflegebedürftigen, Angehörigen und Pflegekräften zu verbessern, haben wir eine **umfassende Pflegereform auf den Weg gebracht**. Als ersten Baustein werden wir ab 1. Januar 2015 Leistungen im Umfang von insgesamt 2,4 Mrd. Euro ausweiten und flexibilisieren. Zum Beispiel bei der Tages- und Nachtpflege oder für neue Wohnformen. Bei der stationären Pflege sollen bis zu 45.000 zusätzliche Betreuungskräfte zum Einsatz kommen können.



Viele, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sind erwerbstätig. In dieser schwierigen Lebenssituation ist mehr zeitliche Flexibilität der elementare Schlüssel, um Beruf und Pflege zu vereinbaren. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag verankert, Pflegezeit und **Familienpflegezeit** mit einem Rechtsanspruch zusammenzuführen.

Der [Gesetzentwurf](#) unterstützt die berufstätigen pflegenden Angehörigen. Zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft werden vermieden. Im Gegenteil sorgen wir dafür, dass den Unternehmen engagierte Fachkräfte erhalten bleiben, wenn sie zeitweise kranke Familienangehörige pflegen müssen. Wichtig war uns, dass Menschen ihre Angehörigen auch in den letzten Tagen des Lebens begleiten können. Wir haben erreicht, dass künftig ein Anspruch auf eine dreimonatige Sterbebegleitung besteht. Auch unverpartnerte gleichgeschlechtliche Paare gehören zum Kreis der Anspruchsberechtigten. Dafür haben wir uns mit Erfolg eingesetzt. In einem zweiten Schritt soll auch noch in dieser Legislaturperiode ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff auf Grundlage der Empfehlungen eines Expertenbeirates eingeführt werden.

Die bezahlte Auszeit zur Organisation von Pflege und ein Rechtsanspruch auf Pflegezeit sollen die Altenpflege insgesamt verbessern. Bei einem plötzlichen Pflegefall in der Familie sollen Arbeitnehmer künftig zehn Tage lang bezahlt pausieren können. Bis zu zwei Jahre können sie zudem künftig im Job kürzertreten: Sie bekommen einen Rechtsanspruch auf sechs Monate Pflegezeit, also auf eine komplette Auszeit, sowie auf bis zu 24 Monate Familienpflegezeit mit einer Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden. Die Anforderungen an Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen sind hoch. Viele Menschen können die Kindererziehung, den Beruf und die Sorge um hilfebedürftige Angehörigen heute kaum noch unter einen Hut bringen.

Die Familienpflegezeit setzt sich konkret aus drei Säulen zusammen. Die erste Säule, die „kurzzeitige Arbeitsverhinderung“ soll helfen, Akutfälle aufzufangen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können also bis zu 10 Tage bei einer akut auftretenden Pflegesituation freigestellt werden. In diesen 10 Tagen greifen Lohnersatzleistungen, die etwa 90 Prozent des Nettoarbeitsentgelts umfassen werden. Die zweite Säule, die bis zu sechsmonatige Pflegezeit, ermöglicht für Berufstätige eine vollständige oder teilweise Freistellung von ihrer Erwerbsarbeit für die Pflege von

Angehörigen, natürlich auch von Kindern. In dieser Zeit besteht ein Rechtsanspruch auf ein zinsloses Darlehen, das den Verdienstausschlag kompensieren helfen soll. Diese Säule umfasst auch den Rechtsanspruch auf die Begleitung schwerstkranker Angehöriger in der letzten Lebensphase von bis zu drei Monaten. Die Familienpflegezeit ist die dritte Säule. Sie umfasst bis zu 24 Monate bei einer wöchentlichen Mindestarbeitszeit von 15 Stunden. Während der gesamten Familienpflegezeit besteht ein Rechtsanspruch auf ein zinsloses Darlehen. Insgesamt können Beschäftigte als Gesamtdauer maximal 24 Monate von Pflegezeit und Familienpflegezeit in Anspruch nehmen. Darauf haben sie einen Rechtsanspruch und in dieser Zeit besteht Kündigungsschutz.

Im Gesundheitsausschuss des Bundestags haben wir zudem in letzter Minute noch Änderungen an den Plänen zur Pflegereform durchgesetzt, die dann auch im Parlament so beschlossen worden sind. Monatliche Zuschläge für Bewohner von ambulant betreuten Wohngruppen sollen leicht auf 205 Euro erhöht und vor allem ausgeweitet werden. Betroffene sollen das Geld in mehr Fällen als bisher bekommen. Nach unserem Änderungsantrag sollen den Pflegeeinrichtungen auch Anreize für höhere Löhne gegeben werden. Weiterhin sollen Mittel für professionelle ambulante Dienste künftig auch verstärkt etwa für Einkaufshilfen, Helfer für Botengänge oder Betreuung benutzt werden dürfen.

Deutsche Hilfen im Kampf gegen Ebola weiter verstärken

Bereits in der Ausgabe der „Aktuellen Hauptstadtinfos“ vom 26. September 2014 haben wir berichtet, dass der Bundestag sowie verschiedene Ausschüsse sich mit der Ebola-Epidemie in Westafrika beschäftigen. So auch der Gesundheitsausschuss mit seinem Vorsitzenden Edgar Franke MdB. Mehrere Bundesministerien bereiten nun Maßnahmen vor, um Westafrika zu unterstützen.

Mit einem Entschließungsantrag hat die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit ihrem Koalitionspartner die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zur finanziellen und technischen Unterstützung der betroffenen Region begrüßt. Gleichzeitig haben wir die Bundesregierung aufgefordert, den deutschen Beitrag im Kampf gegen Ebola im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel nochmals zu erhöhen. Auch die Forschung muss intensiviert werden.

Gegen eine mögliche Ausbreitung von Ebola ist Deutschland aber bestens gewappnet: Die internationalen Flughäfen Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg und München sind auf Fälle hochinfektiöser Krankheiten vorbereitet. Reisende können sofort isoliert werden. Doch in Deutschland besteht nach Einschätzung aller Experten nur eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Ebola-Erkrankung über die Einreise eines Erkrankten kommen kann. Dennoch sind die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen und sich auf solche Fälle vorzubereiten. Es gibt insgesamt sieben spezielle Behandlungszentren mit etwa 50 Klinik-Plätzen für mögliche Ebola-Patienten, die sich hierauf vorbereiten.

Die Bundesregierung stellt bislang über 17 Millionen Euro für Hilfsmaßnahmen zur Verfügung. Damit werden unter anderem Projekte von "Ärzte ohne Grenzen", der Welthungerhilfe, "Humedica", des Bernhard-Nocht-Institutes und der WHO unterstützt. Die WHO errichtet Behandlungsstationen in den Krisenregionen, finanziert und liefert Schutzmaterial und Medikamente und schult das Gesundheitspersonal wie Pflegekräfte und Ärzte im Umgang mit Ebola-Patienten.

Die Bundesregierung hat zudem einen Sonderbeauftragten eingesetzt, der die ressortübergreifende Zusammenarbeit gegen die Epidemie in Westafrika koordinieren wird.

Nun setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, die Erforschung seltener Infektionskrankheiten wie Ebola zu forcieren. Dies sei notwendig, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karl Lauterbach, da sich kostspielige Medikamenten- oder Impfstoffentwicklungen für die Pharmaunternehmen nur selten rechnen, denn die Erkrankungen treten vorrangig in den ärmsten Regionen der Welt auf.

Außenpolitik: klaren Kopf behalten

Wer zurzeit das Gefühl hat, dass unsere Welt aus den Fugen geraten ist, scheint mit dieser Intuition nicht ganz alleine zu sein und vor allem trauriger Weise nicht ganz falsch zu liegen. Die Ukraine-Krise und der Terror des sogenannten „Islamischen Staats“ sind alarmierend und erschreckend. Die dramatische Lage in Kobane fügt der syrischen Tragödie ein neues Kapitel hinzu. Die gesamte arabische Golfregion ist in berechtigter Sorge, weil sie die Ausdehnung der Isis fürchten.

Insbesondere Jordanien und der Libanon sind besonders gefährdet. Deswegen wird Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu einer großen Flüchtlingskonferenz nach Berlin einladen, mit dem Ziel die Stärkung dieser so gefährdeten Staaten voran zu treiben, denn wenn diese letzten zuverlässigen Staaten zusammen brechen würden, wäre das fatal.

Allerdings ist trotz dieser bedrohlichen Situation blinder Aktionismus nicht angebracht. Deswegen betonte Steinmeier mehrfach: Ein Einsatz deutscher Bodentruppen ist nicht vorstellbar. Es sei gar unverantwortlich, junge Deutsche einem so großen Risiko auszusetzen, dafür sei die Situation zu unüberschaubar.

Ein Vorstoß, wie der von den Grünen, die einen NATO-Bündnisfall fordern, ist gar absurd und kann deshalb auch nur als eine oppositionelle Provokation verstanden werden.

Allerdings, und darüber müssen wir uns bewusst sein, ist die Wirkung der Luftschläge leider sehr begrenzt, weil die IS insbesondere aus bewohnten Gebieten heraus operiert. Deshalb kann die Frage nach der Notwendigkeit von Bodentruppen nicht mehr lange ignoriert werden- aber wer soll am Boden kämpfen? Wenn überhaupt könnten Bodentruppen nur von syrischen Kräften gestellt werden, dafür müssen aber Saudi Arabien und die Vereinigten Emirate helfen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia